

---

Anouk Colombani<sup>1</sup>

## Die Arbeit regulieren? Debatten um die Bäckergesellen<sup>2</sup>

*Der folgende Text von Anouk Colombani leitet ein wichtiges Dokument der Pariser Kommune ein. Es handelt sich um die Debatte der Kommunalen über die Abschaffung der Nachtarbeit der Bäckergesellen von Paris, die am 28. April 1871 stattfand (S. 141–147). Weit davon entfernt, ein bloß noch historisches Interesse zu wecken, zeigt die Debatte ein bis heute ungelöstes Problem der Arbeiterbewegung auf: Soll die Arbeiterbewegung zur Verbesserung ihrer Lage auf den Staat als Institution zurückgreifen oder soll sie ihre Ziele ausschließlich in der direkten Auseinandersetzung mit ihren Chefs und den Unternehmern durchsetzen?*

\*

---

<sup>1</sup> Anouk Colombani ist Mitglied von SUD Culture Solidaires und der branchenübergreifenden Gewerkschaft Solidaires Seine-Saint-Denis (93), bei der sie Vizesekretärin ist. Sie konzipiert und leitet Seminare zu philosophischen Fragen. Sie ist Vorstandsmitglied des Vereins „Faisons vivre la Commune“ [<https://faisonsvivrelacommune.org/>] [„Lassen wir die Kommune leben“], sie ist ebenfalls eine der Verantwortlichen der Webseite [<https://ruedelacommune.com/>]. „Rue de la commune“ [Der Weg der Kommune] basiert auf Forschungsarbeiten, Texten, Kompositionen, Illustrationen sowie Informationsbeschaffung und -bereitstellung über die Pariser Kommune (und zum Teil über die anderen Kommunen).

<sup>2</sup> Zuerst auf Französisch in der Theoriezeitschrift „Les Utopiques“ des linken französischen Gewerkschaftsdachverbandes Union syndicale Solidaires [<https://solidaires.org/>] erschienen: Anouk Colombani, „Réglementer le travail? Débats autour des ouvriers-boulangers“, *Les Utopiques*, Nr. 16, Frühjahr 2021, S. 92–103. Auszüge aus der Debatte wurden bereits 1931 veröffentlicht: Pariser Kommune 1871. Berichte und Dokumente von Zeitgenossen, m. e. Geleitwort v. Hermann Duncker, Berlin 1931, S. 303–307 [Neuaufgabe 1969 im Verlag Neue Kritik Frankfurt, in der Reihe Archiv sozialistischer Literatur 12].

Am 28. April 1871 zeigt sich der im 18. Arrondissement<sup>3</sup> gewählte<sup>4</sup> Kommunarde Jean-Baptiste Clément<sup>5</sup> besorgt über die Unruhen, die von den Bäckergelesen ausgelöst werden könnten. Diese klagen die Entscheidung ihrer Meister an, das Dekret des 20. April nicht einhalten zu wollen, in dem die Arbeitsbedingungen des Berufes neu organisiert werden. In der Versammlung der Kommunarden setzt daraufhin eine Diskussion über das Recht ein, in Fragen der Arbeitsbedingungen Gesetze zu erlassen, sowie über die Mittel, dies zu tun. Mehrere gewählte Vertreter verteidigen die Verschiebung des Inkrafttretens des Dekrets, um den Bäckermeistern die Zeit zu geben, sich zu organisieren. Einige beklagen, dass das Dekret nach ihrer Auffassung in den Bereich der Diskussionen zwischen Meistern und Gesellen eingreift. Ihnen stehen jene gegenüber, die die Notwendigkeit des Eingreifens der Kommune verteidigen und sich für die sofortige Anwendung des Dekrets aussprechen.

Diese Debatte weist auf einen wichtigen Punkt hin: Mit den Bäckergelesen haben wir ein Beispiel einer Berufsgewerkschaft, die sich während der Kommune mobilisiert. Welches sind die von ihr eingesetzten Mittel, und wie wird sie von den Gewählten wahrgenommen? Diese Debatte verweist auch auf verschiedene Themen der Kommunarden: die Rolle der Kommune gegenüber den Berufen und die zwischen dem allgemeinen und dem privaten Interesse bestehende Spannung. Es geht auch um die Arbeit, auf jeden Fall um deren Organisation. Da der Großteil der Berufe im Gefolge der Belagerung und der Kommune nicht ausgeübt werden konnte, ist die Möglichkeit, einen dieser Berufe in Ausübung zu erfassen, von erheblicher Bedeutung. In einer Gesellschaft, in der das Arbeitsgesetzbuch noch nicht existiert,<sup>6</sup> führt uns

---

<sup>3</sup> Untergliederung der zwanzig Bezirke der Stadt Paris; Anm. d. Ü.

<sup>4</sup> Gemeint sind die in den Wahlen vom 26. März 1871 gewählten Vertreter der Commune; Anm. d. Ü.

<sup>5</sup> Es handelt sich bei ihm um den bekannten Chansonnier und Autor der Texte von „Le Temps des Cerises“ („Die Zeit der Kirschen“) und „La Semaine Sanglante“ („Die Blutige Woche“) [in der Woche vom 21. bis 28. Mai 1871 eroberte die französische Armee die Macht in Paris zurück. Dabei wurden nach Schätzungen bis zu 20.000 Kommunarden ermordet].

<sup>6</sup> Es handelt sich um den „Code du travail“, der zuerst 1910 verabschiedet wurde; Anm. d. Ü.

diese Debatte zu den Anfängen einer Diskussion, die die sozialistische Bewegung beschäftigt hat. In Rohform zeigt sie uns Debatten über die Rolle von Gewerkschaftern oder die Effizienz des „sozialen Dialogs“, die uns tatsächlich heute noch bewegen, und vor allem unsere (Un) Fähigkeit, das zu erfassen, was heutzutage in der Welt der Arbeit geschieht.

## Die Mobilisierung der Bäckergesellen

Das Dekret vom 20. April erfüllt zwei zentrale Forderungen der Bäckergesellen: das Ende der Nacharbeit und die Erstellung eines Registers der Arbeiter in den Bürgermeistereien. Diese Forderungen tauchten nicht erst mit der Kommune auf. Während des Austauschs in der Versammlung der Kommune am 28. April erinnert der Färber Benoît Malon, der in der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) sehr aktiv war, in einem Beitrag daran:

Die Bäcker [Die Meister und ihre Unterstützer; Anm. d. Red.] können nicht mit der Geschwindigkeit der ergriffenen Maßnahme argumentieren: Sie wird bereits seit zwei Jahren untersucht, man musste sie bereits jeden Tag erwarten.

Tatsächlich rufen die Bäckergesellen 1869 einen Streik aus und nehmen Verbindung zur Internationale auf. Sie gründen auch einen Gewerkschaftsbund. Mit Beginn der Kommune haben ihre Vertreter bereits mit verschiedenen Mitgliedern der Internationale verkehrt: mit Benoît Malon, aber vor allem mit dem Buchbindergesellen Eugène Varlin, der zum Sekretariat der Pariser Sektion der IAA gehört, zudem unter anderem mit dem Juweliergesellen Léo Frankel, der die Kommission der Arbeit während der Kommune leiten wird. Zweifellos liegt hierin die Schnelligkeit des Dekrets über ihre Arbeitssituation begründet. 1869 haben die Bäckergesellen die Mitglieder der Internationale von der Legitimität ihrer Forderungen überzeugt. Briefe und Artikel von Eugène Varlin aus dem Jahr 1869 vermitteln uns ein besseres Verständnis der Gründe dieser Wut der Bäckergesellen.

Die Nacharbeit ist eine spezifische Pariser Praxis, die es erlaubt, ab dem Morgenrauen weißes Brot und *pains fantaisies*<sup>7</sup> zur Verfügung zu haben. Für die Bäckergesellen rechtfertigt dies aber keine derartige Arbeitszeitregelung. Sie erheben zwei Forderungen: die Wiedererlangung eines sozialen und familiären Lebens (Varlin klagt zum Beispiel darüber, dass die Logik des Konsumenten darin besteht, „mutige und nützliche Arbeiter zu zwingen, außerhalb der Gesellschaft zu leben“),<sup>8</sup> aber auch, in gleichem Maße wie die anderen Arbeiter, die Möglichkeiten zur Bildung nutzen zu können.

Ihre Mobilisierung schreibt sich in eine breitere Bewegung ein, die die Verringerung der Arbeitszeit auf ungefähr elf Stunden täglich und Bildung für alle sozialen Klassen fordert. Was die Registrierung in den kommunalen Büros angeht, erlaubt dies die Beendigung des Systems der „Vermittler“ („*placeurs*“), die als repressive Mittler angesehen werden (sie sind es, die entscheiden, wer arbeiten darf). Die Bäckergesellen haben deshalb hohe Erwartungen an die Kommune. Im Anschluss an das Dekret vom 20. April weigern sich ihre Chefs, die Reform anzuwenden. Als Reaktion darauf beschließen die Gesellen, die Chefs zu bedrohen. Sie stützen sich dazu auf die Kommune. Aber unter den gewählten Vertretern der Kommune setzt sich keine gemeinsame Position durch.

## Die Gesellen und die Arbeitsorganisation

### *Die offensichtliche Sittenwidrigkeit der Arbeit des Bäckergesellen*

Es muss festgestellt werden, dass sich die Debatte zu keinem Moment um den Schweregrad der Bäckerarbeit dreht. Alle Anwesenden stimmen in der Einschätzung überein, dass die Situation der Bäckergesellen „ungerecht“ sei und ihre Arbeitsbedingungen „sittenwidrig“ seien. Charles

---

<sup>7</sup> [=Phantasiebrote] Kleingebäck, das einzeln statt per Gewicht abgerechnet wird und verschiedene Formen haben, auch mit Nüssen, Rosinen und anderen „Extras“ verfeinert sein oder als „viennoiserie“, also Plundergebäck, verschiedenster Form verkauft werden kann; Anm. d. Ü.

<sup>8</sup> Eugène Varlin, ouvrier-relieur [Buchbindergeselle], 1839–1871, textes rassemblés par Michèle Audin [Zusammenstellung der Texte durch Michèle Audin], Editions Libertalia, 2019.

Ledroit, einer der gewählten Vertreter der Kommune, vertritt die Ansicht, dass es sich um „eine soziale und humanitäre Frage“ handle. Albert Theisz vergleicht die Nachtarbeit der Bäcker mit dem Untertagebergbau, wenn er seinerseits ergänzt, dass die Bäckergesellen nicht „wie die Bergarbeiter zu einer Arbeitsweise herabgewürdigt werden dürfen, die von der Zivilisation verurteilt wird“. Es ist nicht die schwere Arbeit an sich, es sind die schwierigen Arbeitsbedingungen der Bäcker, die unter Anklage stehen.

In seinem bereits zitierten Brief bezeichnet Varlin die Backstuben als „Höhlen, in die die unzureichende Luft nur durch ein enges Kellerfenster einströmt, wo der Salpeter auf den nackten Schultern der Arbeiter schwitzt, die unser Brot kneten“. Er fügt hinzu:

Wenn die Arbeit am Tag gemacht wird, müssten all diese dunklen und krankmachenden Backstuben verschwinden; die Bäckergesellen würden hier nicht wieder hinabsteigen wollen; sie werden ihren Anteil der Luft und des natürlichen Lichtes brauchen, wie die anderen Arbeiter auch.<sup>9</sup>

Die Anwesenden teilen also einen gewissen Begriff von Arbeit: Deren Bedingungen müssen würdig sein, und sie darf sich nicht auf das soziale Leben der Arbeiter auswirken. Der Arbeiter emanzipiert sich, während er sich gleichzeitig den Wert seines Produktes wieder aneignet und sich außerhalb der Lohnarbeit fortbildet. Ebenso gewinnt die Vorstellung an Kraft, dass die Arbeit die Gesundheit der Arbeiter nicht angreifen darf.

## Die Arbeit der Versammlung

Im Zentrum der Debatte steht also nicht die Arbeit des Bäckers an sich. Sie dreht sich um die Rolle der öffentlichen Gewalt und die Arbeit der Gewählten. Seit dem 28. März bemühen sich die Gewählten darum, denjenigen, die sie repräsentieren, nahe zu bleiben. Zu den wichtigen Maßnahmen gehört, dass die Kommunarden ihre Vergütung in vergleichbarer Höhe des Lohns eines guten Arbeiters festgelegt haben und

<sup>9</sup> Ebd.

sich einer Häufung von Bezügen verweigert haben (einige sind in der Nationalgarde, andere sind Bezirksbürgermeister...).

Ihre Debatten müssen außerdem öffentlich geführt werden. Die gewählten Kommunarden sprechen oft von ihrer eigenen Arbeit, aber dies nimmt eine besonders interessante Wendung, wenn sie die soziale Frage behandeln. Dann scheint sich zwischen ihren und den Arbeitsbedingungen, über die sie sprechen, ein Abgrund aufzutun.

Frankel macht irgendwann die folgende Bemerkung: „Es gibt hier die Arbeiter, Varlin, Malon etc., die sich seit langem mit sozialen Fragen befassen; man hätte uns konsultieren müssen“. Frankel ist Juweliergeselle, Varlin ist Buchbindergeselle, Malon ist Färbergeselle. Welches zusätzliche Wissen vermittelt ihnen ihre Stellung als Arbeiter? In einem Artikel von 1869 schreibt Varlin im Übrigen: „Nach sehr vielen Berufen, von denen wir nicht wussten, dass sie existierten und deren Bezeichnung wir noch weniger kannten, kommen hier die Bäckergesellen...“. Arbeiter zu sein ist weder eine Garantie dafür, zu wissen, was das Beste für die Arbeiter ist, noch dafür, die Kompetenz zu haben. Das wäre zu einfach.

Von daher gibt es unter den Anwesenden, die das Wort ergreifen, andere Arbeiter, die andere Positionen vertreten: Charles Ledroit ist Schustergeselle, Alfred Theisz ist Ziseleur,<sup>10</sup> Antoine Demay Bildhauer, Gabriel Avrial Mechaniker und Camille Langevin Dreher für Metalle. Mit Bezug auf die Debatte, die uns hier interessiert, ist Frankels Verweis am wichtigsten: „die sich seit langem mit sozialen Fragen befassen“. Es sind Arbeiter, die sich dauerhaft<sup>11</sup> um die Fragen der Arbeit kümmern:

---

<sup>10</sup> Arbeiter, der Muster in kalte Metalle ohne Spanabhebung modelliert; Anm. d. Ü.

<sup>11</sup> Handelt es sich hierbei nicht um die Debatte, die nach der Abschaffung der CHSCT [Comité d'hygiène, de sécurité et des conditions de travail = Komitee für Gesundheit, Sicherheit und Arbeitsbedingungen] durch das neue Arbeitsgesetz von 2016 wieder aufgelebt ist? Dieses Gremium zu unterdrücken, es mit den Vertretern des CE [Comité d'entreprise = Betriebsrat] in ein CSE [Comité social et économique = Komitee für soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten] titulierte Gremium zu verschmelzen, bedeutet, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die speziell gewählt worden sind, um sich zu Fragen der Arbeitsbedingungen fortzubilden und für diese einzusetzen, daraus zu entfernen. Innerhalb des CSE haben die Gewählten dann verschiedene Hüte auf. Dass dies zu einem großen Teil langjährige Vertreter in den CEs sind, verschärft den Umstand, dass dieses Thema in Fragen der Arbeitsbeziehungen eine geringere Rolle spielt. [Die Anmerkung der

deren Vergütung, ihre Organisation, ihre inneren Beziehungen. Der vor der Entstehung der Kommune organisierte politische und gewerkschaftliche Aktivismus, ein durch die Praxis, die Erfahrungen, die Versammlungen und Debatten erprobter Aktivismus, ermöglichte es, zur Frage der Arbeit eine revolutionäre Haltung einzunehmen. Frankel bringt gleichfalls vor, dass das Dekret deswegen nicht gut sei, weil es den von ihm Betroffenen nicht vorgestellt worden sei. Die Debatte wird darüber hinaus von sehr praktischen Fragen angereichert: Welche Folgen hat der Übergang von der Nacht- auf die Tagarbeit? Zu welcher Uhrzeit endet die Nacht und beginnt der Tag? Wie sollen die Vorteile hergestellt werden? Wie lässt sich die Ausführung der Arbeit mit der Emanzipation der Arbeiter in Einklang bringen? Wie die Emanzipation der Arbeiter und die Nachfrage der Käufer? Hinter diesen Anmerkungen zeichnet sich das Problem ab, wie auf der Grundlage von Bedürfnissen Entscheidungen getroffen werden können, wie die „Verbindung“ zu den Arbeitern aufrecht erhalten werden kann. Zu Beginn der ersten Erfahrung einer Regierung des Volkes für das Volk entdecken die Abgeordneten, dass die Repräsentation des Volkes nicht ausreicht, um automatisch in seinem Sinne zu entscheiden, und dass sich die Organisation der Arbeit nicht auf Fragen des Prinzips beschränkt.

## **Muss die Arbeit reguliert werden?**

Dies ist der springende Punkt der Debatte: das Recht, über Fragen der Arbeit Gesetze zu verabschieden. Alle stimmen darin überein, dass die Arbeitsbedingungen der Bäckergelesen zu verurteilen sind und dass diese verbessert werden müssen, damit die Bäckergelesen als Menschen leben und sich bilden können.

Autorin bezieht sich auf das „loi Travail“ oder „loi El Khomri“, benannt nach der 2016 für die Einführung zuständigen Ministerin in der Regierung Valls. Das Gesetz sah vor allem Änderungen in Fragen der Arbeitszeit, der Entlassungen und tarifliche Öffnungsklauseln vor, weshalb es von der Mehrzahl der Gewerkschaften kritisiert wurde. Das CHSCT war vergleichbar den Arbeitsschutzausschüssen (ASA) in deutschen Betriebsräten; Anm. d. Ü.]

Alle stimmen darin überein, dass diese Entwicklung von den Erfordernissen und den realen Bedingungen der Brotproduktion ausgehen müssen. Es bleibt aber ein wesentliches Hindernis: Wer soll das genehmigen? Einige sagen, die Regierung muss Gesetze verabschieden, andere verteidigen die Haltung, dass es die Arbeiter selbst sind, die sich organisieren und ihre Forderungen durchsetzen müssen. Es gibt auch die Position von Theisz, einem Ziseleur, der vorschlägt, beide Auffassungen zusammenzubringen, das heißt, die Unternehmer, sollten sie den Forderungen nicht nachkommen, zu zwingen; aber sein Vorschlag scheint nicht erhört worden zu sein.

*Es ist an der Kommune, Gesetze zu erlassen*

Diejenigen, die das Wort ergreifen, vertreten mehrheitlich diese Position. Man findet hier Eugène Varlin, Léo Frankel, Benoît Malon und Gabriel Avrial, aber auch Auguste Vermorel, ein Journalist, der sich seit den Streiks von 1869 mit der „sozialen Frage“ beschäftigt. Diese Gruppe trägt verschiedene Argumente vor. Zuerst einmal seien die Bäckergesellen verschiedenen Gesetzen unterworfen, die sie daran hinderten, sich ganz alleine zu verteidigen. Es sei ihnen verboten zu streiken. Dies würde noch durch die strukturelle Ungleichheit zwischen Unternehmern und Arbeitern verschärft. Vermorel spricht von dem Privileg der Unternehmer. Und Malon schreit auf: „Der Staat greift schon genug gegen die Arbeiter ein; er greift heutzutage am wenigsten zugunsten der Arbeiter ein“. Damit wird an die juristische Struktur erinnert, die die Arbeiter benachteiligt. Was Frankel angeht, nutzt er ohne Umschweife den Begriff „proletarisch“, der nur sehr selten verwendet wird, um die Asymmetrie im Verhältnis der Lohnarbeit zu unterstreichen. Für diese Gruppe geht es also darum, das Recht durchzusetzen, und nicht darum, die Gleichheit zwischen Unternehmern und Arbeitern per Gesetz wieder herzustellen.



*Dieses Problem betrifft das Verhältnis von Arbeitern und  
Unternehmern unmittelbar*

Die Kommune soll also kein Gesetz verabschieden. Es sind hauptsächlich zwei Personen, die das Eingreifen der Kommune ablehnen: Alfred Billioray, ein Maler, über dessen politische Bildung wir nichts wissen, und Auguste Viard, ein Angestellter im Einzelhandel, dessen politisches Wirken sich vor allem im Anschluss an die Kommune entfalten wird. Billioray und Viard sprechen sich gegen die Regulierung aus. Sie denken, dass die Arbeiter ihre Rechte alleine verteidigen müssen und dies auch können. Beide begreifen die Arbeiter und die Unternehmer als freie und gleiche Menschen, die in der Lage sind, gemeinsam im Interesse ihrer menschlichen Rechte zu verhandeln. Bedeutet das, dass die erste Gruppe die Arbeiter nicht als den Unternehmern gleichgestellt ansieht? Beide Gruppen gehen davon aus, dass die Menschen, die sich hinter dem Arbeiter oder Unternehmer verstecken, gleich sind, aber es handelt sich um zwei antinomisch gegenüberstehende Positionen.

## Den freien Menschen ausbeuten?

In seinem Werk *Une histoire populaire et parlementaire de la Commune de Paris*<sup>12</sup> hat der ehemalige Abgeordnete des vierten Arrondissements, Arthur Arnould, diesen Dissens sehr genau dargestellt. Das Buch wurde 1878 veröffentlicht, sodass davon auszugehen ist, dass die betreffende Frage die Kommunarden weit über die Kommune hinaus beschäftigt hat. In Bezug auf das Problem der Arbeit verteidigt Arnould die Position, dass die Kommune oder jegliche andere Regierung keine Gesetze darüber verabschieden sollte:

Bestimmte Probleme in Bezug auf die Arbeit [...] können weder noch dürfen sie anders reguliert werden als durch die freie Initiative der Arbeitergruppen. Die Macht, welche auch immer es sein sollte, darf nur eingreifen, damit der Wille und die gegenseitigen Verpflichtungen der Vertrag-

<sup>12</sup> Arthur Arnould, *Histoire populaire et parlementaire de la Commune de Paris* [Volks- und Parlamentsgeschichte der Pariser Kommune], Lyon 1878 (Wiederveröffentlichung: Paris 2018).

schließenden sichergestellt werden. In der Tat sind es die Arbeiter selbst, die ihre Probleme der Arbeit unmittelbar regulieren sollen, sobald sie einmal vollständig im Besitz ihrer Rechte und ihrer Unabhängigkeit sind.

Mit Bezug auf das Dekret über die Bäcker spricht er von einem „Fehler“ und sagt:

Offensichtlich [...] war das Prinzip hervorragend. Die Nachtarbeit wirkt sich negativ auf den Körper und gar auf den Geist aus, denn sie trennt den Arbeiter von der Gesellschaft und entreißt ihn der Familie. Aber nicht die Kommune, das wiederhole ich hier, war dafür zuständig das Verbot zu beschließen, die Bäckergesellen hätten sich untereinander einigen und diese Arbeit verweigern müssen. Die Kommune wäre nur für die Einhaltung dieser Entscheidung zuständig gewesen, insbesondere, indem sie jeden Bäckermeister im Sinne des Gemeinwohls enteignen würde, der lieber seinen Laden geschlossen hätte, als sich dem Dekret zu unterwerfen, und indem sie dann den Arbeitern die Betriebsmittel zur Verfügung gestellt hätte, die auf diese Weise wieder in den Besitz der Allgemeinheit gelangten. Indem anders vorgegangen wurde, indem eine Vorreiterrolle eingenommen wurde, indem das Verbot der Nachtarbeit beschlossen wurde, obgleich die Arbeiter dies ihrerseits noch nicht durchgesetzt hatten, kam es dazu, dass der Beschluss nicht auf ernsthafte Weise umgesetzt wurde. Viele Bäckermeister setzten die Nachtarbeit in Übereinstimmung mit ihren Gesellen fort, und die Kommune gab sich unentgeltlich den falschen Anschein einer Verfolgung durch gewisse Industrielle, ohne wirklich die Arbeiter freizumachen, die sie gegen eine höchst ungerechte Ausbeutung verteidigen wollten.<sup>13</sup>

Hinter der Frage, ob der Kommune das Recht auf Gesetzgebung zusteht oder nicht, verbirgt sich eine tiefgreifende philosophische Frage: jene nach der Effektivität und der Realisierung der Gleichheit und der Freiheit jedes Einzelnen. Wenn Arnould von der „freien Initiative des Arbeiters“ spricht, vom „Willen“ und den „gegenseitigen Verpflichtungen der Vertragschließenden“, aber auch von der „Fülle ihrer Rechte und ihrer Unabhängigkeit“, dann hat man hier das ganze Vokabular der Aufklärung, vom Gesellschaftsvertrag und dem freien Menschen, aber

---

<sup>13</sup> Ebd.

auch aller Experimente der sozialistischen Bewegungen vom Beginn des 19. Jahrhunderts. In seiner Geschichte der Umsetzung des Arbeitsrechts erinnert der Jurist Alain Supiot daran, dass eine der Fragen, die die Erschaffung des Arbeitsrechts geprägt haben, die folgende ist: „Kann ein freier Mensch der Macht seinesgleichen unterworfen sein?“ Für diejenigen, die gegen das Dekret sind, bedeutet die Gesetzgebung in dieser Angelegenheit mehr als das, was Arnould schmeichelhaft als eine „Regierungsgläubigkeit“ bezeichnet,<sup>14</sup> es bedeutet, die Ungleichheit zwischen Unternehmer und Arbeiter abzusegnen. Dies nun ist aber für die damaligen Sozialisten nicht hinnehmbar. Für Arnould zeigt sich diese Gleichheit in der Tatsache, dass die Arbeiter und die Unternehmer einverstanden sind, in der Nacht zu arbeiten, während andere hierin ein Verhältnis der Unterordnung sehen. In Kenntnisnahme einer tatsächlichen Ungleichheit, gehen sie davon aus, dass die Regulierung nur die Ungleichheit zwischen Unternehmer und Arbeiter lindern kann, und dass dies nicht der Weg zur Beendigung der Ausbeutung ist. Sie sind die ersten einer Linie, zu der auch wir gehören, ohne dass wir uns dessen bewusst sind, dass die Debatte alles andere als abgeschlossen ist.

## Schlussfolgerung

Es war eine angespannte Debatte, denn sie verwies die Kommunarden auf eine Unbekannte: Die Bäckerinnung drängt sie dazu, über die Veränderungen der Arbeit in ihrer Epoche nachzudenken. Sie gibt zwei Wege der Emanzipation zu erkennen, die jeweils ein anderes Verhältnis zur Gleichheit haben. Der eine ist an die durch die Aufklärung eröffnete philosophische Perspektive gebunden, der andere konzentriert sich auf die praktischen Schwierigkeiten, auf die die soziale Bewegung spätestens seit 1848 gestoßen war. Bei genauerer Inspektion weist die Situation der Bäckergesellen eine Besonderheit auf: Sie befindet sich auf dem Grat zwischen zwei Welten der Arbeit. Es handelt sich bei ihr nicht um den

<sup>14</sup> i. O. „gouvernementalisme“, gemeint ist eine systematisch die Regierung unterstützende Haltung; Anm. d. Ü.

Idealtypus, weder der des Bergarbeiters noch der des Fabrikarbeiters. Aber es handelt sich ebenfalls nicht um den Idealtypus des Facharbeiters aus dem Handwerk, wie er von einem Teil der damaligen französischen sozialistischen Bewegung verteidigt wird. Die Situation des Bäckergehilfen ist vielmehr von dem Modell des Kleinunternehmertums geprägt, das aber einem vom Großkapital auferlegten Arbeitsregime unterliegt. Die Kommunisten versuchen, sich besser zu bewaffnen, um auf diese Ausbeutung zu antworten, aber trotz der Gründung der *Confédération générale du travail (CGT)*<sup>15</sup> und schließlich der Einführung des Arbeitsgesetzes<sup>16</sup> zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde für diesen Sektor der Lohnabhängigen noch keine Lösung gefunden.

Diese Debatte ist für uns von Interesse, denn sie ist noch lange nicht verschwunden. Sie steht im Zentrum der Angriffe gegen das gegenwärtige Arbeitsgesetz. In ihr hält das Problem der Umkehrung der Normenhierarchie wider, die das Lokale gegenüber der Vorstellung zentralisierter Gesetzgebung durch den Staat favorisiert. Gleichzeitig ist aber auch zutreffend, dass niemand besser als der Arbeiter selbst seine Arbeit kennt und dass kein Staat die Angelegenheit so gut wie der Arbeiter organisieren kann. Diese Debatte bildet deshalb den Kern der dauerhaften Widersprüche der gewerkschaftlichen Arbeit. Sie gibt sich im Übrigen in bestimmten Sektoren ganz explizit zu erkennen: Man kann an die Kleinunternehmen denken, in denen die Anzahl der Arbeitsstunden in beiderseitigem Einverständnis durch die Decke geht. Die Aktivist:innen wischen das häufig vom Tisch, indem sie verbreiten, dass es sich um falsche Einverständnisse handeln würde, aber es sind auch Debatten, die die Lohnarbeit in Vereinen und Verbänden, in der Sozial- oder Solidarwirtschaft oder auch den Kooperativen, die sich einer alternativen Logik verschreiben, charakterisieren. Man findet sie ebenso in der ehrenamtlichen oder entlohnten Arbeit des Aktivismus. Häufig genug als irrelevant tituliert, führt die fehlende Reflexion zu explosiven Situationen.

---

<sup>15</sup> [=Allgemeiner Gewerkschaftsbund], 1895 gegründet, mit vorwiegend revolutionär-syndikalistischer Ausrichtung. 1940 vom Vichy-Regime verboten, Neugründung in der Illegalität 1943, dann integraler Teil der *résistance* in Frankreich; Anm. d. Ü.

<sup>16</sup> [Code du travail=Arbeitsgesetz], 1910 eingeführt, s. auch Anm. 10; Anm. d. Ü.

Weder die konkrete Arbeit noch die für die Realisierung gesellschaftlicher Fortschritte erforderliche Arbeit beschränken sich auf Fragen prinzipieller Natur. Es scheint, dass wir nach 150 Jahren immer noch nicht über einen historisch gebildeten Blick auf die Arbeit verfügen. Die gewerkschaftlichen Aktivist:innen entwickeln nur selten eine Perspektive auf die modernen Formen der Arbeit. Es fehlt uns an einem Gedächtnis dafür und für die damit verbundenen Debatten, um in Bezug auf die Fragen der Arbeit vertraut und wirklich revolutionär zu sein.

# DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

*Offen im Denken*

ub

universitäts  
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

**DOI:** 10.17185/duepublico/76380

**URN:** urn:nbn:de:hbz:465-20220802-143720-7

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 32 (2022), 129-141



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.